

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 16 (1996)
Heft: 31

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brauchen Frauen einen neuen Geschlechtervertrag?

Thesen zu einer feministischen Theorie der Sozialpolitik

Mancher emanzipatorisch orientierte Ansatz in der Analyse der in Krise geratenen wohlfahrtsstaatlichen Sozialpolitik trifft auf ein Dilemma: Die Wirtschaft muss gefördert werden, damit Sozialpolitik finanzierbar ist, die ihrerseits die Schäden, welche ebendiese Marktwirtschaft produziert, wieder auszuglätten hat.

Was sollen Frauen, was soll feministisches Denken da fordern? Gleiche Rechte im ‚Sozialstaat‘ wie Männer, damit sie je nach Schichtzugehörigkeit den gleichen sozialen Un-Sicherheiten ausgesetzt sind? Wohl kaum. Zu fragen wäre vielleicht aber: Inwieweit leisten feministische Ansätze zur Sozialpolitik in Theorie und Praxis einen Beitrag zur gesellschaftlichen Emanzipation? Inwieweit fördern sie die Verlagerung sozialer Un-Sicherheiten? Welchen Beitrag an die Entwicklung sozialer Politik kann feministisches Denken über seine Kritik hinaus überhaupt leisten?

Gleich zwei Zeitschriften haben 1995 den Schwerpunkt dieser Thematik gewidmet. Zum einen *Olympe* unter dem Titel: „Sozialpolitik - Arena des Geschlechterkampfes“ und zum anderen *Das Argument* unter dem Titel: „Für einen neuen Geschlechtervertrag“. Im folgenden bespreche ich ausgewählte Artikel aus den beiden Zeitschriften. Sie zeigen die Spannbreite zwischen feministischer Kritik der Sozialpolitik und feministischer Sozialpolitik auf.

Das Heft 3 von *Olympe* enthält verschiedene Artikel, die sich auf die aktuelle schweizerische Sozialpolitik beziehen, insbesondere die zehnte AHV-Re-

vision und die Mutterschaftsversicherung. Auf die Beiträge zu allgemeinen sozialpolitischen Fragen will ich im folgenden kurz eingehen.

Eine feministische Sozialpolitik ist für *Ute Gerhard* zwar bestimmt von den durch die Frauenbewegung in der Öffentlichkeit thematisierten Streitpunkte, sie sei „Sozialpolitik von Frauen für Frauen“ (S. 23). Die vielen sozialen Projekte der Frauenbewegung hätten dazu beigetragen, „den Sozialstaat zu entlasten oder neue soziale Probleme zu formulieren und Sozialpolitiken zu erzwingen“ (S. 19). Aber da Frauen nicht nur ein Recht auf Gleichheit, sondern auch ein Recht auf Anerkennung der Verschiedenheit hätten, gäbe es keine einheitliche sozialpolitische Strategie.

Gerhard bedient sich damit einer eher pragmatischen Konzeption, die zum einen Sozialpolitik selber nicht mehr in Frage stellen kann und zum anderen Verschiedenheit als solche undiskutiert stehen lässt. Es geht ihr nur noch darum, dass die Frauenbewegung „ein ernstzunehmender Partner im Geschäft der Sozialpolitik“ (S. 23) werde. Dies erstaunt umso mehr, als Gerhard in ihrer vorausgehenden Analyse sehr wohl eine kritische Bestimmung der Sozialpolitik verfolgt, Sozialpolitik sei nicht nur als Schutz der Bedürftigen zu sehen. Vielmehr weiss Gerhard, dass Sozialpolitik immer dazu diene, „die gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte zu entschärfen bzw. zu befrieden und damit vor allem die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, den gesellschaftli-

chen Status Quo, zu sichern" (S. 12). Genügt es aber, dass Frauen für Frauen in dieses Geschäft der Absicherung als Verhandlungspartnerinnen eintreten? Genügt es, bloss festzustellen, dass wir alle etwas verschieden sind, ohne den gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen dieser Verschiedenheit nachzugehen?

Die allgemeine Analyse Gerhards ist stichhaltig, was fehlt, ist der Mut in den Schlussfolgerungen. Es kann nicht genügen, feministische Sozialpolitik allein auf bestehende soziale Projekte der Frauenbewegung zu beziehen. Ein feministischer Ansatz hätte (Sozial)-Politik auch als Herrschaftsinstrument, als soziale Kontrolle zu analysieren.

Ein grundsätzlicher argumentierender Ansatz findet sich im Beitrag von *Mechtild Jansen*. Sie geht von der andauernden Krise des Sozialstaats aus, zum einen von der konjunkturell und strukturell bedingten Wirtschaftskrise, die "die Finanzressourcen verknappt und gleichzeitig den Bedarf an Sozialstaat erhöht" (S. 28), zum andern von der Problematik, dass globalisierten Märkten nationale Sozialpolitiken entgegenstehen. Ebenso wie Gerhard weist auch Jansen darauf hin, dass es der "freie Markt" sei, der die Krise des Sozialstaats erst hervorbringt (vgl. Niggli 1992). Jansen plädiert für eine demokratische Zivilgesellschaft der WirtschaftsbürgerInnen, es geht ihr "um einen Neuanfang für einen demokratischen Sozialstaat" (S. 31).

Für Jansen bedeutet eine feministisch orientierte Sozialpolitik ein Korrektiv "gegenüber den herrschenden Mechanismen kapitalistischer Wirtschaftsweisen" (S. 33). Die Verteidigung des Sozialstaats müsse "politisch offensiv" geführt werden, es darf "der Profit nicht länger die Entwicklung der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft die

Entwicklung des Profits steuern" (S. 33).

Dieser Sozialstaat müsste einen neuen Sozialvertrag ansteuern, der allen ein soziales Existenzrecht garantiere, das Recht auf eigenständige materielle Existenzsicherung, das Recht auf Zugang zu bezahlter Arbeit; erforderlich sei die Gestaltung eines neuen Solidarprinzips und ein Minimum an individuellen Eigentumsrechten (Behausung u.a.m.).

Die Idee des neuen Sozialvertrages ist gewiss spannend und impliziert ein genügend grosses Potential an Kritik- und Emanzipationsmöglichkeiten. Offen bleibt bei Jansen jedoch, was denn eine feministische Position zu diesem Entwicklungsprojekt "neuer Sozialstaat" beizutragen hat. Die Randbemerkung, dass im neuen Sozialvertrag eine gerechte Teilung der "gesellschaftlichen Gesamtarbeit zwischen den Geschlechtern" (S. 33) vorzusehen ist, verdeckt u.a. die Problematik, dass noch nicht ausgehandelt ist, was denn tatsächlich zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit zu zählen ist.

Im Beitrag von *Mascha Madörin* finden sich schliesslich Ansätze zu den beiden Forderungen: feministische Überlegungen zu aktuellen Gesellschaftsentwicklungen und ihrer Politik des Sozialen. Madörin zeigt am Beispiel der sozialstaatlichen Neuorientierung in der Ära Reagan und Bush die neoliberale Umordnung der Geschlechterverhältnisse in den USA. Diese Neuorientierung bedeutet konkret einen massiven Sozialabbau, der für Frauen und Männer jedoch verschiedene Auswirkungen hat. Für Männer konstatiert Madörin eine Identitätskrise aufgrund des Perspektivenverlustes in der Arbeit. So können sie ihre Identität nicht mehr, wie traditionell vorgesehen, in "einer lebenslänglichen Vollerwerbsarbeit

kombiniert mit einem patriarchalen Eherecht und generell mit einer Staatspolitik, welche von der Unterstellung der Frauen unter die persönliche Kontrolle des Ehemannes ausgeht" (S. 41), gewinnen. Die politische Reaktion darauf ist konservativ, sie äussert sich im "Ruf nach moralischen Werten und dem Klagen über den Verlust von sozialen Netzen und Solidarität" (S. 41).

Das wiederum fördert bei Frauen eine neue Verpflichtung auf Familienmoral. Sie verlieren eine soziale Sicherheit, die in der NZZ als "Vollkasko-Gesellschaft" denunziert wird, den Frauen jedoch eine "wesentliche Voraussetzung für eine teilweise Befreiung" (S. 41) gewesen ist. Die weiter drohende und effektive Rückbindung an familiär privatistische statt an neue gemeinschaftliche und gesellschaftliche Werte geht bei Frauen jedoch mit einer allgemein progressiven politischen Einstellung einher, wie Madörin für viele US-Wählerinnen feststellt. Sie haben in ihrer verschlechterten Soziallage nichts zu verlieren und noch weniger zu bewahren. Somit ist der Ausgangspunkt gegeben, an dem eine feministisch orientierte Sozialpolitik anzusetzen hätte. Madörin weist auf die Kritik der feministischen Soziologin und Politologin *Carole Patemann* (The Sexual Contract 1988) hin, wonach der bürgerliche Gesellschaftsvertrag immer ein doppelter war, nämlich ein Geschlechter- und Gesellschaftsvertrag: das männliche Geschlechtsvorrecht gilt im öffentlichen wie auch im privaten Bereich. Das Verfügungsrecht von Männern über Frauen bildet erst die Basis dieses bürgerlichen Gesellschaftsvertrages. Somit hat jede feministische Analyse zum Sozialstaat diesen impliziten Geschlechtervertrag und mit ihm den Gesellschaftsvertrag vorerst aufzudecken und zu thematisieren.

Dies ist denn auch Thema im äusserst anregenden, vielleicht gar richtungweisenden *Argument*-Heft 210 mit dem Titel: "Für einen neuen Geschlechtervertrag". Neben der von *Kristina Boréus* aufgezeigten feministischen Diskussion um die Vertragstheorie in Schweden zeigt *Frigga Haug* die Paradoxien im Kampf um Frauenquoten auf und *Erna Appelt* plädiert für ein feministisches Staatsbürgerkonzept als unverzichtbares Projekt. Ich kommentiere im folgenden den vierten Beitrag, in dem sich die australische Philosophin *Janna Thompson* mit der Frage befasst, warum Frauen den Gesellschaftsvertrag neu fassen wollen.

Thompson geht in ihrem Beitrag von der "Erzählung vom Gesellschaftsvertrag" aus: die Versammlung der Familienoberhäupter. Diese beabsichtigt, die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen sowohl zu berücksichtigen als auch auszugleichen und so allgemeine Prinzipien einer Gesellschaftsordnung zu konstituieren. In der Version des Sozialphilosophen John Rawls eröffnet uns die Erzählung gemäss Thompson "eine Perspektive, aus der wir objektive Urteile über Gerechtigkeit fällen können" (S. 497). Nur ist Rawls Gerechtigkeitstheorie in der Kritik der Autorin insofern eine konservative, als sie sich unhinterfragt auf Institutionen wie Familie, Wirtschaft, Demokratie stützt. Hinzu kommt, dass auch hier die Vertragsschliessenden immer die Familienoberhäupter, also die Männer sind.

Thompson warnt nun davor, diese Vertragstheorie für feministische Zwecke nutzbar zu machen, etwa dadurch, dass neben Familienoberhäuptern auch Frauen Vertragssubjekte werden können. Damit ändere sich der grundsätzliche Plot dieser Vertragserzählung nicht. Aber ebenso könnte es ihrer Meinung nach ein Fehler sein, die Theorie vom

Gesellschaftsvertrag vorschnell zu verwerfen. In Anlehnung an den Ansatz von Patemann, die den Gesellschaftsvertrag auf dem Sexualvertrag gegründet sieht, vertreten einige Autorinnen die Auffassung, dass "der Staat daher keine Institution (sei), die für die Verfolgung der Fraueninteressen bestimmt ist" (S. 499).

Dem hält Thompson entgegen, dass der Gesellschaftsvertrag "möglicherweise eher als Werkzeug feministischer Gesellschaftskritik taugt, als ihre traditionellen Versionen bisher ahnen liessen" (S. 499). Sie führt dazu vorerst Überlegungen von *Susan Moller Okin* (Justice, Gender and the Family, 1989) an, die drei wesentliche Änderungen in die Rawlsche Konzeption einführt. Erstens gilt es, alle gesellschaftlichen Differenzen, auch die des Geschlechts, bewusst bei der Vertragsschliessung zu reflektieren. Zweitens ist bei der Formulierung der Grundsätze die geschlechtsspezifische unterdrückende und unterdrückte Vergangenheit mitzubetrachten. Und drittens darf die Institution der Familie nicht von Gerechtigkeitsüberlegungen ausgeschlossen werden. Gerade in diesem privatisierten Bereich sei die Unterdrückung der Frauen zentriert. Es gehe in der Praxis vor allem darum, Frauen von der Hauptverantwortung für die häuslichen und familiären Pflichten zu befreien.

Thompson stellt fest, dass es der traditionelle Gesellschaftsvertrag den Frauen unmöglich macht, "die Verantwortung, die ihnen traditionellerweise übertragen wird, zufriedenstellend wahrzunehmen - darunter vor allem die Sorge für die Kinder. Die Tatsache, dass viele Mütter dazu verurteilt sind, ihre Kinder in Armut aufzuziehen, die Tatsache, dass abhängige Familienmitglieder Gewalt und anderen Formen von

Repression ausgesetzt sind, sollte ein allgemeines Anliegen sein" (S. 501ff).

Thompson geht davon aus, dass liebende Beziehungen grundsätzlich keine Verpflichtungen mit sich bringen, die individuelle Freiheit einschränken (müssen). Pflichten der Fürsorge können sehr wohl auch Teil von Selbstverwirklichung sein. Wo diese Pflichten der Fürsorge aber nicht als ein Politikum, als eine Frage des Verteilens, verstanden werden, können die Sorgenden ihre Verantwortung nicht angemessen wahrnehmen, ihre Bedürfnisse nicht geltend machen. Das heisst konkret, dass von Frauen zwar erwartet wird, dass sie die Sorgenden sind, es fehlt ihnen aber jede "politische Macht sicherzustellen, dass diese Verantwortungen angemessen ausgeführt werden können" (S. 505). Naheliegend wäre nun, eine bessere Vertretung der Frauen in ökonomischen und politischen Bereichen zu fordern, damit sie ihre Interessen als Sorgende einbringen und durchsetzen können. Thompson weist nochmals darauf hin, dass damit das eigentliche Problem nicht gelöst wird, denn die (staatliche) Institution der (privaten) Familie erlaubt es weiterhin, dass "die Reproduktion und damit die Voraussetzungen der Fürsorge nicht für ein zentrales politisches Anliegen" (S. 505) gehalten werden müssen. Nach Thompson geht es somit darum, dass sich der Staat unmittelbar mit den Fürsorgebeziehungen befassen muss, denn "jede vernünftige Vertragserzählung muss sich gleichermassen um die Fürsorgebeziehungen wie um die Gerechtigkeitsbeziehungen kümmern" (S. 504). Die feministische Forderung an den Gesellschaftsvertrag und somit an jede 'Sozialpolitik' lautet demnach, "die Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse, welche die Reproduktion ihrer Mitglieder, deren Versorgung, Nahrung und

Erziehung einschliesst, als eine politische Angelegenheit" (S. 504) zu sehen.

Abschliessend versucht Thompson Visionen zu skizzieren, wie denn ein Gesellschaftsvertrag und wie die Institutionen der politischen Gesellschaft unter diesen feministischen Vorzeichen aussehen könnten. Alle Menschen in dieser Gesellschaft pflegten fürsorgende Beziehungen zu anderen; sie alle hätten Pflichten der Fürsorge zu übernehmen und gleichmässig nach Bedürfnissen die Verantwortungen zu übertragen oder zu delegieren. Wenn die reproduktiven Tätigkeiten als eine politische Priorität gesetzt würden, dann wäre wohl auch sichergestellt, dass "allen Individuen die Güter zugänglich sind, die für ihr Wohlergehen grundlegend sind" (S. 509); und dann wäre auch soziale Sicherheit für alle gewährleistet.

Frigga Haug stellt in ihrem ausführlichen Kommentar mit Recht fest, dass Thompson fundamentale Vorschläge macht zur "Neuorganisation der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, welche die Neukonzeption des Arbeitsbegriffs einschliesst und die Sichtbarmachung aller gesellschaftlichen Arbeit (insbesondere die von Frauen) voraussetzt" (S. 485).

Thesen zu einer feministischen Theorie der Sozialpolitik

Feministische Kritik der Sozialpolitik geht von der kritischen Analyse des Gesellschaftsvertrags aus, der auf einem Geschlechtervertrag zuungunsten der Frauen basiert. Die gesellschaftliche Emanzipation aus diesem Geschlechtervertrag führt nicht zwangsläufig über den Einbezug von Frauen in wichtige ökonomische und politische Entscheidungsgremien. Vielmehr gilt es die Reproduktion gesellschaftlicher

Verhältnisse zum entscheidenden Politikum feministischer Sozialpolitik zu machen. Ansonsten geschieht beispielsweise das, was *Christine Luchsinger* in ihrer Analyse zur AHV feststellt, dass nämlich "Familie nie als eine Gemeinschaft zur Betreuung unmündiger Kinder definiert wurde, sondern explizit als *Ehe*. Familienschutz in der AHV war deshalb in erster Linie Eheschutz. Dabei trat der Mann als Individuum in der Versicherung in Erscheinung, seine Frau hingegen war seinem ‚Schutz‘ unterstellt und nicht selber versicherungsberechtigt" (1995, S. 180f).

Abschliessend ist zu fragen: Welche Schlüsse ergeben sich für eine Theorie der Sozialpolitik aus der feministischen Kritik der Sozialpolitik?

Ich fasse im folgenden vier Thesen zusammen, die ich ausführlich dargestellt habe (Riedi 1995) und die für die Diskussion über eine feministisch orientierte Sozialpolitik zusätzlich von Belang sind. Ich stütze mich dabei auf einen Strang im Feminismus, der sich einerseits als Menschenrechts- und Sozialbewegung versteht und sich andererseits an den aufklärerischen Traditionen der Emanzipationslogik orientiert. Das heisst, die aufklärerische Trikolore *Freiheit, Gleichheit und Selbstständigkeit* ist mit der sozialpolitischen Grundfrage nach sozialer Sicherheit zu verknüpfen.

1. Wider einen reduktionistischen Gleichheitsbegriff:

Eine pejorative Auffassung von Gleichheit versteht Gleichheit als Gleichmacherei, Gleichschaltung. Sie beinhaltet insofern eine logische Unhaltbarkeit, als in ihr nicht mehr von Gleichheit, sondern von "uniformer Identität" die Rede ist. Diese Reduktion ist unzulänglich, denn Gleichheit setzt zum einen Verschiedenheit voraus, zum

anderen aber auch die Bestimmung eines tertium comparationis, auf das hin Verschiedene gleich sein sollen. Sei es bezüglich des Rechts (Gleichberechtigung), der Stellung (Gleichstellung) oder des Wertes (Gleichwertigkeit), wie dies im Bundesverfassungsartikel 4, Abs. 2 exemplarisch zur Geltung kommt: "Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit".

2. Wider einen reduktionistischen Freiheitsbegriff:

Freiheit in ihrer einseitigen Bestimmung als Raum, welcher kleiner wird, wenn er mit anderen geteilt wird, ist mit der Bestimmung zu ergänzen, dass Freiheit eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten und eine Bereicherung darstellt, wenn andere auch frei sind. Der Mensch findet so im anderen Menschen nicht nur und ausschliesslich eine Schranke (vgl. Kant 1964, 40), sondern auch die Verwirklichung seiner Freiheit (vgl. Gerhard 1987, 137). Dadurch wird einer einseitigen Anthropologisierung des Menschen als dem grundsätzlich aggressiven, andere in ihrer Freiheit beraubenden Subjekt die Grundlage entzogen.

3. Geschlechter-Gleichberechtigung richtet sich aus an der Dialektik von Egalität und Autonomie:

Geschlechter-Gleichberechtigung bedarf der kritischen Analyse unter einer doppelten Dialektik von Hegemonie (i.S.v. Vorherrschaft) und Heteronomie (i.S.v. Fremdherrschaft) sowie von Egalität und Autonomie.

Die *Hegemonie- und Heteronomie-Analyse* steht hier anstelle einer Dekonstruktion des Begriffes der Gleichbe-

rechtigung. Mit dieser Analyse ist nicht der Begriff der Geschlechter-Gleichberechtigung als solcher über Bord zu werfen, weil er androzentrisch oder reformkapitalistisch besetzt ist; vielmehr geht es darum, die betreffenden Anteile einer kritischen Analyse zu unterziehen. Diese Analyse bezieht Stellung gegen den drohenden Triumph einer repressiven Egalität.

Die *Egalitäts- und Autonomie-Analyse* steht hier anstelle einer Gleichheits- und Differenz-Analyse. Damit ist rein begrifflich angezeigt, dass nicht Differenz, sondern Autonomie politisch das leitende Hauptkriterium ist. Diese Prioritätensetzung gründet in der Einschätzung, dass nicht jede Differenz per se zu bestätigen und zu unterstützen ist. Somit beinhaltet der Geschlechter-Gleichberechtigungsbegriff explizit nicht die Stabilisierung aller bestehenden, differenten Lebensweisen. Entgegen einer positivistischen Übernahme differenter Lebensweisen liegt hier das Bemühen in der Suche nach autonomen Lebensweisen, insbesondere auch für Frauen.

Die Analyse unter der Perspektive der doppelten Dialektik von Hegemonie und Heteronomie sowie von Egalität und Autonomie zeigt an, dass Emanzipation im Rahmen der Geschlechter-Gleichberechtigung nicht auf Kompromiss und Harmonie zielt, sondern auf Aushandlung verschiedener Interessenlagen, auf Konfliktaustragung.

4. Soziale Sicherheit richtet sich sowohl an gerechter Distribution als auch an gerechter Produktion der gesellschaftlich zentralen Ressourcen Geld, Macht, Solidarität aus:

Geld, administrative Macht und Solidarität als zentrale Ressourcen der gesellschaftlichen Integration sind im Sinne sozialer Sicherheit nicht nur gerecht zu

verteilen. Vielmehr ist auch ihre Produktion einem Prozess demokratischer und solidarischer Aushandlung zu unterwerfen. Soziale Sicherheit und ihre Politisierung - beispielsweise im Rahmen einer feministischen Sozialpolitik - beziehen sich somit immer auf beides: gerechte Verteilung und Produktion. So wäre neben dem verteilenden Sozialstaat auch ein produzierender Sozialstaat zu thematisieren, der den "struktu-

rellen Patriarchalismus" (Schunter-Kleemann 1992, 9) der Wohlfahrtsstaaten überwindet.

Brauchen Frauen einen neuen Geschlechtervertrag, lautete die Ausgangsfrage. Die Antwort ist meines Erachtens eindeutig: Der Gesellschaftsvertrag braucht einen neuen Geschlechtervertrag.

Anna Maria Riedi

Literatur

Das Argument 210, Heft 4, 1995: Für einen neuen Geschlechtervertrag. Hamburg.

Gerhard, Ute, 1987: Menschenrechte auch für Frauen. Der Entwurf der Olympe de Gouges. In: Kritische Justiz. 20. Jg., Heft 2.

Kant, Immanuel, 1964: Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. Darmstadt.

Luchsinger, Christine, 1995: Solidarität, Selbständigkeit, Bedürftigkeit. Der schwierige Weg zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter in der AHV, 1939-1980. Zürich.

Niggli, Peter, 1992: "Krise des Sozialstaats" und Garantiertes Einkommen. In: Widerspruch, Heft 23: Krise des Sozialen. Ar-

mut - Sozialpolitik. Zürich.

Okin, Susann Moller, 1989: Justice, Gender and the Family. New York.

Olympe, Heft 3, 1995: Sozialpolitik - Arena des Geschlechterkampfes. Zürich.

Patemann, Carole, 1988: The Sexual Contract. Oxford.

Riedi, Anna Maria, 1995: Sozial gesicherte Gleichberechtigung. Eine Untersuchung zur Dialektik von Emanzipation und sozialer Sicherheit. Chur.

Schunter-Kleemann, Susanne, 1992: Europäische Wohlfahrtsstaaten und soziale Sicherung der Frauen in der EG und in der Schweiz. In: Widerspruch, Heft 23. Zürich.

Globale Umweltpolitik – ohne Industrialismus-Kritik?

Ein Literaturbericht zur Nachhaltigkeits-Debatte

Seit Mitte der achtziger Jahre boomt das Politikfeld der globalen Umweltpolitik. Und seit die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) 1987 ihren Bericht vorgelegt hat, ist "sustainable development" (nachhaltige Entwicklung) als Lieblingsbegriff weitherum akzeptiert. Von G7 bis G77, von universitären Forschungszirkeln bis kirchlichen Solidaritätsgruppen, von den Konzernspitzen bis zu den Graswurzeln wird die Notwendigkeit von nachhaltiger Entwicklung anerkannt. Dennoch wäre es verfehlt, von einem neuen hegemonialen Diskurs oder einem neuen Paradigma zu sprechen, weil die Auseinandersetzung darüber, womit dieser Containerbegriff gefüllt werden soll, d.h. was nachhaltige Entwicklung bedeutet, mit unverminderter Heftigkeit tobt. In der Literatur hat sich die Kontroverse um nachhaltige Entwicklung in einem kaum zu überblickenden Angebot von Darstellungen, Analysen und Veränderungsvorschlägen niedergeschlagen. Einige Beiträge zu dieser Diskussion sollen hier – mit Querverweisen – herausgegriffen und besprochen werden.

Karl Bruckmeier stellt an sein Buch ("Strategien globaler Umweltpolitik") hohe Ansprüche, nimmt man seine Fragestellung als Richtmass: "Unter welchen Voraussetzungen kann dauerhafte Entwicklung stattfinden? Welche politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen Strukturen müssen sich ändern, um ökologischen Wandel in Richtung dauerhafter Entwicklung weltweit in Gang zu setzen?" (S. 17) Wer nun allerdings von dem Buch eine Realanalyse der Akteurslandschaft der globalen Umweltpolitik und der von ihnen verfolgten Strategien erwartet, wird ent-

täuscht. Der "Arena der internationalen Umweltpolitik" sind ganze fünf Seiten (S. 202-207) gewidmet. Stattdessen sattelt der Autor den Dinosaurier und bricht zu einer Tour d'Horizon durch belebtere und unbelebtere Theorielandschaft auf. Ziel ist eine "Natur-Gesellschaft-Theorie der gegenwärtigen Weltgesellschaft" (S. 89).

Ausgehend von einer Kritik des Diskurses über Entwicklung und Umweltzerstörung im ökonomischen und politikwissenschaftlichen Mainstream-Denken wird der Versuch einer Synthese von drei "systemkritischen Analysen" bzw. Theoriesträngen gestartet. Politökonomische Kritik (vor allem Altvater 1992) am Mainstream wird referiert und Beiträge der ökologischen Ökonomie (Georgescu-Roegen, Daly) und der politischen Ökologie vorgestellt. Die systemkritischen Diskurse werden durch kulturtheoretische Analysen aus dem Bereich der Kulturökologie ergänzt. "Es geht nunmehr bei der Betrachtung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in kulturellen Formen um die Begründungen für die Wiedergewinnung eines Verhältnisses zur Natur innerhalb der Weltgesellschaft, das die Möglichkeit von dauerhafter Entwicklung einschliesst." (S. 122) Am Schluss skizziert Bruckmeier einen "losen Verbund relativ autonomer Theorien" für die interdisziplinäre Analyse von Gesellschaft, Umwelt und Entwicklung. Leider wird nicht klar, wo im Bereich der wissenschaftlichen Forschung oder der politisch-praktischen Arbeit der Theorieverbund wirksam zur Anwendung kommen sollte.

Der zweite und dritte Teil des Buches sind zwar konkreter, indem der Autor praktische Versuche des Einbezugs von

Umweltaspekten in Entwicklungsplanung und Projekte in Entwicklungsländern diskutiert und kritisiert. Mit der Fokussierung auf Entwicklungsländer, und dabei wiederum auf vorwiegend ländlich geprägte Länder – die Umweltprobleme der teilindustrialisierten Länder des Südens werden kaum angesprochen – wird sustainable development auf eine umweltorientierte, vorwiegend ländliche Entwicklungsstrategie für den Süden reduziert. Die grossen Konfliktlinien der globalen Umweltpolitik (wie sie sich zum Beispiel in den Klimaverhandlungen zeigen), die ein umfassendes Konzept von global nachhaltiger Entwicklung berücksichtigen muss, nämlich die Reform der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Ordnung und der ökologische Umbau der Industriegesellschaften des Nordens, bleiben ausser vor. Handlungsleitende und praktikable oder auch nur orientierende Strategien globaler Umweltpolitik sind deshalb trotz der Diskussion einer “dritten prometheischen Revolution” (durch erneuerbare Energien) in Bruckmeiers Buch nicht zu finden.

Sehr viel näher am politisch wirksamen Diskurs um ‘sustainable development’ und an der Realität internationaler Umweltpolitik als Bruckmeiers Buch sind die Beiträge eines Sammelbandes (“Der Planet als Patient – Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik”) angesiedelt, der von *Wolfgang Sachs* vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie herausgegeben wurde. Die englische Originalfassung des Bandes erschien unmittelbar nach der UNCED-Konferenz 1992 in Rio. Die meisten Beiträge zielen entweder auf die Kritik der “globalen Umweltpolitik”, die in Rio zur Sprache kam, oder auf die Analyse der Widersprüche der Mainstream-Interpretation von nachhaltiger Ent-

wicklung, die sich bei den Regierungen des Nordens und “ihren” Organisationen (EU, OECD, Bretton-Woods, WTO etc.) durchgesetzt hat. Für den Mainstream bedeutet nachhaltige Entwicklung vor allem Wachstum; und dieses Wachstum soll durch Freihandel erreicht werden, mit anderen Worten: Business as usual. “Obwohl mit der Institutionalisierung der globalen Umweltdiskussion in Ministerien, Ausschüssen, Konferenzen und Zeitschriften ein grosser Schritt nach vorne getan wurde, ist die Aufgabe überfällig, den Diskurs der emporstrebenden Umweltexterten kritisch zu betrachten. Denn hinter der offiziellen Sprache globaler Umweltpolitik lauern politische Konflikte und kulturelle Widersprüche (S. 8).

Der Herausgeber *Wolfgang Sachs* (“Globale Umweltpolitik im Schatten des Entwicklungsdenkens”) kritisiert die Fixierung auf wirtschaftliche Entwicklung, welche die globale Umweltpolitik in Rio geprägt hat. Die “Demarkationslinie zwischen Entwicklungsfreunden und Entwicklungsdissidenten” (S. 16) macht er als die zentrale Konfliktdimension auch zukünftiger Auseinandersetzung über globale Ökologie aus. Sachs gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte des Entwicklungskonzeptes und kommt zum Schluss, das “Entwicklung” gemessen am Ziel des Aufrückens an die Industrieländer gescheitert ist. Dem Festhalten am Entwicklungskonzept und am Wachstumsfatalismus – Sachs unterscheidet nicht zwischen Wachstum und Entwicklung –, das den Diskurs von Rio (vgl. Radtke 1991) prägte, setzt er die Forderung nach einer Abkoppelung der Gerechtigkeitsfrage von der Perspektive der Entwicklung entgegen. “Denn die Aufgabe der globalen Ökologie kann in zweifacher Hinsicht verstanden werden: zum einen als technokratische

Anstrengung, 'Entwicklung' auch gegen die steigende Woge von Abfall und Verschmutzung in Gang zu halten, oder aber als die kulturelle Aufgabe, sich von der Vorherrschaft der westlichen Werte freizumachen und sich allmählich aus dem Entwicklungsrennen zurückzuziehen." (S. 28) Die existierenden Formen und Formen der Umweltdiplomatie, die dem Entwicklungskonzept verhaftet bleiben, werden einer vernichtenden Kritik unterzogen, da sie nach Sachs nicht die Erde schützen, sondern nur das, "was von der Natur übriggeblieben ist" (S. 31), einer rationaleren Verwertung unterwerfen wollen.

Sowohl in der Beschreibung des Scheiterns der bisherigen Entwicklungskonzepte als auch in der Analyse der Unzulänglichkeit der existierenden Formen globaler Umweltpolitik ist Sachs leicht zuzustimmen. Problematisch bleibt dagegen, dass er den offiziellen Diskurs und Politikprozess als so hegemonial geschlossen begreift, dass es gar keine Ansatzpunkte für Veränderungen zu geben scheint, er gleichzeitig aber die Alternative "Rückzug aus der Entwicklung" auch nicht plausibel beschreiben kann. Diese mag für nicht-industrialisierte ländlich geprägte Länder des Südens mit einem lebendigen kulturellen Erbe möglich sein, aber wie könnte denn ein Rückzug für den Grossraum Sao Paulo, Shanghai oder indische Industriedistrikte konkret zustande kommen? Der von Sachs nicht favorisierte Transfer von Umwelttechnologie könnte hier dagegen durchaus wichtige Entlastungen bringen.

Grundsätzlich problematisch, wenn auch bestimmt nicht in der Intention des Autors, ist die Kompatibilität der Forderung nach Rückzug aus der "Entwicklung" mit der "Eindämmungs-Strategie der globalen Umweltpolitik" (Altwater 1993): Bleiben Industrialisierung

und hohes Konsumniveau auf den Norden beschränkt, so kann der Süden dauerhaft als "Senke" für die Emissionen des Nordens fungieren. Der Druck auf den Umbau der Industriegesellschaft des Nordens und die "Ent-Oligarchisierung" seines Lebensstils fielen damit weg. Die "Entwicklungsfixierung" des Südens kann deshalb nicht so leichtfertig vom Tisch gewischt werden.

Das Potential, das in dem Begriff "nachhaltige Entwicklung" steckt, wenn man sich mit der Kritik an der Mainstream-Interpretation nicht von dem Begriff prinzipiell verabschiedet, versucht *Paul Ekins* in seinem Beitrag ("Grundorientierungen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit") auszuloten. Dabei stützt er sich vor allem auf Autoren, die der jungen Disziplin der "ökologischen Ökonomie" zuzurechnen sind (vgl. den Überblick über Ideen und Konzepte der ökologischen Ökonomie in *Nutzinger*, 1995). Ekins demaskiert den Versuch, konventionelles Wirtschaftswachstum als nachhaltige Entwicklung zu verkaufen. Dabei nimmt er die Kritik der Fachökologie ernst, ohne gleich in die normativen Abgründe der Fundamentalökologie zu fallen, wonach beinahe jede menschliche Inanspruchnahme der Natur das Nachhaltigkeitsgebot verletzt. Die Fundamentalökologie zeigt deshalb ebenso wenig das Veränderungspotential auf wie die radikale Entwicklungskritik. Diese ist im Sammelband mit dem Beitrag von *Donald Worster* ("Auf schwankendem Boden. Zum Begriffswirrwarr um 'nachhaltige Entwicklung'") vertreten.

Ekins versucht dagegen zu differenzieren: "Wenn wirtschaftliche Tätigkeit oder die menschliche Lebensführung überhaupt im Sinne der Umwelt nachhaltig sein sollen, müssen bestimmte Bedingungen strikt eingehalten werden. Sie betreffen die Nutzung sich erneu-

ernder oder sich nicht erneuernder Ressourcen, die Menge an Müll und ähnliche Lasten für die Umwelt." Für die drei Bereiche listet Ekins differenzierte Bedingungen auf, die auf notwendige Änderungen, welche globale Umweltpolitik anzupeilen hätte, verweisen. Daraus entwickelt er eine Nachhaltigkeitsstrategie, welche den Umbau der Industriegesellschaft des Nordens, die Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen, einschliesslich Entschuldung sowie Armutsbekämpfung und "Entwicklung von unten" im Süden umfasst. "Dies ist ein geradezu ungeheuerliches Programm, sowohl für den Norden wie für den Süden. Aber es ist schwer zu erkennen, wie nachhaltige Entwicklung mit weniger zustande kommen könnte." (S. 100) Schade ist nur, das Ekins sich nicht auf die Ebene der Akteure wagt, die sein Nachhaltigkeitsprogramm vorantreiben könnten, und auch nicht systematisch Anknüpfungspunkte an laufende Konflikte und Regulierungsbestrebungen sucht.

Dabei bietet gerade das Politikfeld der internationalen Umweltpolitik eine Akteursebene, die publizistische Hochkonjunktur mit grossen Defiziten der wissenschaftlichen Forschung und Theoriebildung vereint. Die Rede ist von den Non-Governmental Organizations (NGO's) bzw. den Nicht-Regierungs-Organisationen (NROn). Bereits im Vorbereitungsprozess zur UNCED wurde ihre Bedeutung als Mitspieler in der internationalen Umweltdiplomatie offiziell anerkannt. Einem Forschungsprojekt von *Heike Walk* und *Achim Brunnengräber* an der FU-Berlin (unter Leitung v. E. Altvater) kommt das Verdienst zu, die Widersprüche, die sich hinter dem NRO-Boom verstecken, auszuloten. Erste Zwischenergebnisse ihrer Forschung ("Die 'NGO-Communi-

ty' im Spannungsfeld von Globalisierungs- und Fragmentierungsprozessen") finden sich in der Doppelnummer 59/60 (1995) der Zeitschrift *Peripherie* über Globalisierung.

Die in vielen Veröffentlichungen unterstellte Rolle der NROn als wichtige Akteure, denen die Vermittlung zwischen der lokalen und der globalen Ebene von (Umwelt)politik *gelingt* und die dadurch die Handlungsdefizite von Nationalstaaten und die Legitimitätskrise von internationalen Organisationen umgehen könnten, wird von Walk/Brunnengräber vor dem Hintergrund der Analyse des gesellschaftlichen Globalisierungsprozesses stark relativiert. "Durch die globale Netzwerkbildung und komplexe Problemanalyse auf der einen sowie durch die Ausdifferenzierungs- und Abkopplungsprozesse auf der anderen Seite befindet sich die ansonsten so einheitlich gewähnte 'NGO-community' im Spannungsfeld von Globalisierung und Fragmentierung. Dabei steht ausser Frage, dass wechselseitige Rückkopplungen zwischen den unterschiedlichen politischen Handlungsebenen 'lokal – national – international' hergestellt bzw. verbessert und effektiviert werden müssten, um die notwendigen inhaltlichen und strukturellen Synergieeffekte herstellen und ausnutzen zu können." (S. 122)

Im Zentrum der Forschung von Walk/Brunnengräber steht die Analyse der Netzwerkbildung aus Anlass der ersten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen im Frühjahr 1995 in Berlin. Sie kommen zum Schluss, dass die Vernetzung von NROn in Berlin jenseits der effektiven Präsentation *gewisser* NRO-Positionen durch eine professionalisierte Pressearbeit in zwei entscheidenden Dimensionen gescheitert ist: Erstens gelang es nicht, die inhaltlichen Präfe-

renzen von umwelt- und entwicklungspolitischen NROn zu einer gemeinsamen Position zu verschmelzen, zweitens gab es keine überzeugende Zusammenarbeit zwischen lokal, national und international tätigen NROn. Stattdessen agierte an der Berliner Konferenz eine kleine Anzahl Profi-Lobbyisten und Paralleldiplomaten völlig abgekoppelt von lokalen Initiativen.

Die Untersuchung der harzigen Realität in der NRO-Vernetzung leistet so einen wichtigen Beitrag zur Demystifizierung von NROn. "Es wird deutlich, dass NRO-Netzwerke nicht per se eine Organisationsform darstellen, um die Steuerungspotentiale einer Gesellschaft zu bündeln und den notwendigen Strukturwandel der Industriegesellschaft zu beschleunigen oder zu erzwingen. Sie

können genauso gut Herrschafts- und Machtinstrumente werden, durch die Veränderungspotentiale eingebunden und Reformdruck aufgeschoben wird. Durch Entpolitisierung, Entradikalisierung und Oligarchisierung verliert die NRO-Community aber ihren kritischen Stachel und ihre gesellschaftsverändernde Kraft." (S. 135)

Dagegen ist die Verteidigung einer kritischen Position gerade in der Nachhaltigkeitsdebatte dringend nötig. Es geht darum, die Widersprüche der Mainstream-Interpretation aufzudecken und die notwendigen Reformen, die eine wirklich nachhaltige Entwicklung erfordert, politisch einzuklagen.

Andreas Missbach

Literatur

- Altwater, Elmar, 1992: Der Preis des Wohlstandes oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster.
- Altwater, Elmar, 1993: Die Ökologie der neuen Welt(un)ordnung. In: Nord-Süd-Aktuell. Jahrgang VII, Nr. 1. Hamburg.
- Bruckmeier, Karl, 1994: Strategien globaler Umweltpolitik. Münster.
- Ekins, Paul, 1994: Grundorientierungen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. In: Wolfgang Sachs (Hrsg.), Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik. Berlin, Basel, Boston.
- Nutzinger, Hans G. (Hrsg.), 1995: Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung: Konzepte, Bedingungen, Ansatzpunkte. Marburg.
- Radtke, Christian, 1991: Von Stockholm nach Rio. Ein Überblick auf die internationale Öko-Debatte. In: Widerspruch Heft 22, Neo-Kolonialismus. Zürich.
- Sachs, Wolfgang, 1994: Globale Umweltpolitik im Schatten des Entwicklungsdenkens. In: Ders., (Hrsg.), Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik. Berlin, Basel, Boston.
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim, 1995: Die 'NGO-Community' im Spannungsfeld von Globalisierungs- und Fragmentierungsprozessen. In: Peripherie Nr. 59/60. Berlin.
- Worster, Donald, 1994: Auf schwankendem Boden. Zum Begriffswirrwarr um 'nachhaltige Entwicklung'. In: Wolfgang Sachs (Hrsg.), Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik. Berlin, Basel, Boston.

Stephan Schmidheiny / Federico Zorraquin mit dem **World Business Council for Sustainable Development: Finanzierung des Kurswechsels**. Die Finanzmärkte als Schrittmacher der Ökoeffizienz. Best Business Books bei Vahlen, Zürich/München 1996 (288 S., Fr. 54.–)

Nachdem *Schmidheiny*s erstes Buch 'Kurswechsel' (1992) den Begriff der Nachhaltigen Entwicklung als "unternehmerische Herausforderung" ins Zentrum des globalen Ökodiskurs gerückt hatte, applizierten der grüne Ostschweizer Multimilliardär und sein argentinischer Co-Autor und Unternehmer *Zorraquin* jetzt diesen Grundsatz auf die globalen Finanzmärkte. Sie gehen davon aus, dass jede Form von Entwicklung - ob nachhaltig oder nicht - weitgehend von diesen Märkten finanziert werden muss und kommen zum Fazit: "Wenn er (der Nachhaltigkeitsreflex) auf den Finanzmärkten nicht oder nicht schnell genug eintritt, wird eine nicht mehr tragbare Weltbevölkerung in Armut und Chaos versinken." (S.256)

Schmidheiny/Zorraquin verstehen die Finanzmärkte als Transmissionsmechanismus zur Umsetzung der Nachhaltigkeit in die Realwirtschaft. Eine Schlüsselstellung hat dabei der Begriff der 'Ökoeffizienz', das heisst sowohl ökonomisch als auch ökologisch effizient, womit Schmidheiny/Zorraquin den allgemeinen Grundsatz der Nachhaltigkeit auf Unternehmensebene konkretisiert sehen wollen. Wenn die Finanzmärkte jene Unternehmen belohnen, die ökoeffizient arbeiten, können sie zur Triebkraft der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung in eine ökologisch und ökonomisch effiziente Realwirtschaft werden – zum Schrittmacher der Ökoeffizienz, wie es im Untertitel des Buches heisst.

Die Vermählung der langfristig angelegten Ökoeffizienz mit dem kurzfristigen Streben nach Maximalprofit, die laut Schmidheiny/Zorraquin zur Rettung der Welt vor dem Verderben unvermeidbar ist, erscheint als Quadratur des Zirkels. Und tatsächlich klingen die sieben Kernthesen des Buches (S.37) wenig optimistisch:

- Eine nachhaltige Entwicklung verlangt Investitionen mit langer Amortisationszeit. Die Finanzmärkte streben kurzfristige Amortisationen an.
 - Bemühungen um Ökoeffizienz bewirken sinkende kurzfristige Gewinne zugunsten künftiger Ertragschancen. Die Finanzmärkte ziehen jedoch kurzfristig höhere Gewinne vor.
 - Die Unternehmen neigen dazu, Umweltschäden auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Ökoeffiziente Unternehmen werden von den Finanzmärkten deshalb häufig vernachlässigt.
 - Nachhaltige Entwicklung erfordert massive Investitionen in den Entwicklungsländern. Die Finanzmärkte bestrafen solche Engagements mit hohen Risikoprämien.
 - Hohe Arbeitssteuern fördern die Arbeitsproduktivität und verschärfen dadurch die Arbeitslosigkeit, während niedrige Ressourcenpreise der Ressourcennutzung schaden.
 - Das Rechnungswesen widerspiegelt die Umweltrisiken eines Unternehmens nur ungenügend, deshalb müssen die Finanzmärkte ihre Entscheidungen auf Grundlage unvollständiger Informationen fällen.
 - Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass der Zukunft ein hoher Stellenwert zukommt. Die Finanzmärkte pflegen Zukunftserträge aber massiv zu diskontieren.
- "Zusammengenommen sind sie besorgniserregend", kommentieren Schmid-

heiny/Zorraquin ihre Thesen, denn sie glauben zu wissen, "wieviel Veränderung nötig sein wird, bis die Finanzmärkte eines Tages der nachhaltigen Entwicklung zu- und nicht mehr entgegenarbeiten werden." (S.37) Trotzdem vertreten die Unternehmer eine Position, die mit vorsichtigem Optimismus umschrieben werden könnte. Als Begründung dient ihnen unter anderem der Verweis auf die Geschichte in ihrer Lesart: "Versuche vor über 100 Jahren, die Sorge um Gesundheit und Sicherheit in die Wirtschaft einzubringen, erschienen zunächst wirtschaftsfremd und verfehlt. Doch die Gesellschaft verlangte es. Heute würde es uns verfehlt vorkommen, wenn die Wirtschaft sich nicht um Gesundheit und Sicherheit sorgte." (S.256)

Grüne Kapitalisten wie Schmidheiny/Zorraquin machen nur einen kleinen Bruchteil aller auf den globalen Finanzmärkten agierenden Kapitalisten aus. Seit dem Triumph des Casinokapitalismus über den Realsozialismus wird die grosse Mehrheit der Akteure auf diesen Märkten mehr denn je vom Streben nach kurzfristigem Maximalprofit getrieben. Dies wissen auch die Autoren. Weil sie den Finanzmärkten nicht recht zutrau-

en, die Ökoeffizienz gebührend zu honorieren, fordern sie die Regierungen auf, dafür "Rahmenbedingungen zu schaffen" (S.248).

Abschliessend sei hier noch vermerkt, dass Schmidheiny/Zorraquin das Buch weder recherchiert noch selber geschrieben haben. Sie stellten dafür lediglich ihre prominenten Namen zur Verfügung. Initiiert hat die Publikation der World Business Council for Sustainable Development. Das Vorwort schrieb Weltbank-Präsident J.D. Wolfensohn. Finanzsponsoren waren Arthur Andersen AG und Gebrüder Sulzer AG. Geschrieben haben Lloyd Timberlake, Peter Knight, Shelley Fennell und Linda Starke, die sich auf die Forschungsergebnisse eines dreiköpfigen Teams der Basler Consultingfirma Elipson AG stützen konnten. Diese pseudokooperativen Formen der Textproduktion werden beim Lesen deutlich spürbar. Das 'Lehrbuch' wirkt weniger als Denkprozess zweier Autoren denn als Stichwortsammlung aus der Datenbank, welche die Literatur zur globalen Öko-Debatte allerdings recht einseitig erfasst hat.

Gian Trepp

Peter Füglistaler / Maurice Peder gnana: Visionen einer sozialen Schweiz. Verlag Paul Haupt, Bern 1996 (184 S., Fr. 38.-)

Martino Rossi / Elena Sartoris: Ripensare la solidarietà. Mutamenti economici, crisi della sicurezza sociale e modelli di riforma. IRE, A Dado Editore, Bellinzona-Locarno 1995 (318 S., Fr. 30.-). Dt. im Seismo Verlag Zürich, Herbst 1996.

Im Widerspruch Heft 23 – “Krise des Sozialen” – hat *Georges Enderle*, der Pionier der neuen Armutsforschung in der Schweiz, seinen Unmut darüber geäußert, dass eine Vielzahl seiner mit millionenteuren Forschungsaufträgen bedachten Wissenschaftler-Kollegen die Armutsproblematik entschärft habe. Enderle konstatiert, dass in der Armutsdefinition “die Härte der wirtschaftlichen Dimension aufgeweicht und die materiell-finanzielle Not mit ihren Konsequenzen für alle Lebensbereiche verharmlost” werde. Als krasses Beispiel dafür führte Enderle die von Peter Füglistaler mitverfasste St. Galler Armutsstudie an. Aufgrund einer Absprache mit politisch Verantwortlichen hatten deren AutorInnen die Wohnausgaben aus der quantitativen Armutsdefinition ausgeschlossen.

In der sozialpolitischen Debatte wird heute in der Schweiz kaum noch über Definitionsfragen gestritten. Mit der Erhöhung des Frauenrentenalters und dem Umbau der Arbeitslosenversicherung ist eine Phase grösserer “Reformen” eingeleitet worden. Trendsetter sind dabei die neoliberalen Deregulierer David de Pury und Konsorten (“Mut zum Aufbruch” 1995). Ihre sozialpolitische Agenda lässt sich in drei Kernpunkten zusammenfassen:

– Den Neoliberalen geht es erstens um die Erhöhung der Kapitalrendite durch einen Abbau der für soziale Kompensationszahlungen reservierten Lohnanteile.

– Es geht ihnen zweitens um eine stärkere Segmentierung des Arbeitsmarktes, die Prekarisierung bestehender Arbeitsverhältnisse und die Schaffung neuer, nicht existenzsichernd entlohnter Arbeitsplätze.

– Und es geht ihnen drittens um eine Aufweichung bestehender Solidaritäten zwischen Arm und Reich mit dem Ziel, die “Besserverdienenden” zu entlasten. Wie im Detail die neoliberale Reform mittels “effizienter Leistungserbringungen” die gesellschaftliche Solidarität untergraben wird, zeigen die Ausführungen von *Peter Buomberger* und *André Burgstaller* (1995).

Den wichtigsten Grund zur Propagierung dieses sozialpolitischen Programms sehen die Neoliberalen in den wachsenden Kosten der Sozialwerke. Ursache dieses Trends ist die mit der 90er Krise auch in der Schweiz zu Ende gegangene Ära der annähernden Vollbeschäftigung. Wie reagieren Linke auf den neoliberalen Angriff? Die unterschiedlichen Ansätze, die vor vier Jahren in den differierenden Armutsanalysen (*Farago* 1992) erst schemenhaft sichtbar waren, sind unter dem Druck von rechts zu unterschiedlichen sozialpolitischen Konzepten verdichtet worden. Zwei neue Bücher antworten auf diesen Angriff auf den Sozialstaat.

Die beiden der St. Galler Schule entstammenden Ökonomen *Peter Füglistaler* und *Maurice Peder gnana* haben anfangs April ein in der Presse stark beachtetes Buch mit dem Titel “*Visionen einer sozialen Schweiz*” herausgegeben. Im Auftrag der Vereinigung für Zu-

kunftsforſchung verfolgen die beiden Sozialdemokraten darin den dritten Weg eines Sozialſtaatsumbaus zwischen den Verteidigern des bisherigen Sozialſtaatsmodells und den rechten Deregulieren und Privatisierern.

Demgegenüber ſtellen *Elena Sartoris* und *Martino Rossi*, beide Mitarbeiter des “Istituto di ricerca economica” (IRE) in Bellinzona mit der Studie “*Ripensare la solidarietà*” ein Reformmodell vor, das die in den Armutsstudien analysierten Lücken des sozialen Netzes systematiſch ſchließen will. Die Studie wird im Herbst in einer deutſchen Überſetzung im Seismo-Verlag erſcheinen.

Bemerkenswert an der Arbeit von Füglistaler/Pedernana iſt der Befund, daſs ſich ihre Analyse von den neoliberalen Einſchätzungen der Sozialwerke kaum unterſcheidet. Die “Vollkasko-mentalität” führe zu einer “Überſtrapolierung des Solidaritätsgedankens”. Ein Ausbau des Sozialſtaates gemäß dem bisherigen Entwicklungsmodell würde “unser wiſchaftliches und geſellſchaftliches System” überfordern (S. 90/91). Von den rechten Deregulieren grenzen ſich Füglistaler/Pedernana inſofern ab, als ſie der vollumfänglichen Übertragung “der Heilkräfte des Marktes (...) auf den Sozialſtaat”, die die “Willensnation als ſolche in ihren Grundwerten erſchüttern” (S. 94) würden, nicht zuſtimmen. In ihrem dritten Weg bauen ſie auf die Umlagerung beſtehender Geldflüſſe (wie ſie zum Beiſpiel in der 10. AHV-Reviſion durch Leis- tungsumlagerungen zwischen Alten und Eltern realiſiert wurde) und auf ſogenannt neue Formen der sozialen Si- cherheit, die “die immateriellen Bedürf- niſſe” decken ſowie “Selbſthilfe” und “Selbſtverantwortung” ſtärken ſollen.

Rossi/Sartoris gehen von anderen Prämiſſen aus. Das anhaltende Wachs-

tum der Arbeitsproduktivität und des Bruttoinlandsprodukts biete nach wie vor einen genügend groſſen finanziellen Spielraum, um beſtehende Leiſtungen aufrecht zu erhalten und Lücken zu ſchließen. Minutiös wird aufgezeigt, daſs die Instrumente der Exiſtenzsiche- rung nicht ausreichen, um das durch die AHV/IV-Ergänzungsleiſtungen (EL) definierte ſoziale Exiſtenzminimum zu garantieren. Exemplariſch dargeſtellt werden kann das an den Beiträgen zur Verbilligung der Krankenkassenprämi- en, die inzwiſchen die das ſoziale Exi- ſtenzminimum überſteigenden Geſund- heitskosten nicht abzudecken vermögen.

Aus dieſen Überlegungen leiten Ros- si/Sartoris ihr Reformprojekt ab. Die ſpeziellen Instrumente der sozialen Exi- ſtenzsicherung, zu denen ſie Prämi- enverbilligungen, Mietzinſzuſchüſſe, Ar- beitsloſenhiſſe, Kleinkinderbetreuungs- beiträge und Bildungszuſchüſſe zäh- len, ſollen zu einem einheitlichen Sy- ſtem integriert werden. Hinzugenom- men werden müſſen Transferzahlun- gen zur Deckung der Kosten der Kin- derbetreuung (Kinderbeihilfen). Mit dieſen Maſſnahmen wäre es möglich, die Fürſorge, der immer noch der Makel der Armengeſinnigkeit anhaftet, erheb- lich zu entlaſten.

Dieſe auf kantonaler Ebene zu voll- ziehende “kleine” Reform ſtöſst jedoch aufgrund der beſchränkten Möglichei- ten der Mittelbeſchaffung an Grenzen. Deſhalb präſentieren Rossi/Sartoris auch eine “groſſe” Reform. Das auf EL- Basis berechnete Exiſtenzminimum ſoll der Kern einer nationalen Sozialgeſetz- gebung werden. Die obligatoriſchen Sozialverſicherungen hätten darauf auf- bauend ein Erſatzeinkommen für Ein- kommensausfälle inſolge Krankheit, Unfall und Arbeitsloſigkeit zu garantie- ren. Für die Lebensſtandardsicherung – auch die über das Exiſtenzminimum

hinausgehende Absicherung im Alter – käme als drittes Element der private Versicherungsmarkt zum Zuge.

Die zusätzlichen Mittel für diese “kopernikanische Revolution” der sozialen Sicherheit wollen Rossi/Sartoris über eine allgemeine Sozialabgabe beschaffen, die neben dem Lohneinkommen auch die Kapital- und Vermögensgewinne besteuert. Damit widersprechen sie all jenen, die aus der “demographischen Herausforderung” und der real kaum noch wachsenden Lohnsumme eine Finanzierungskrise ableiten. Die gegenwärtig stattfindende Veränderung in der primären Einkommensverteilung zwischen Löhnen und Profiten (die Reduktion der Lohnquote) würde die Einnahmen einer solchen Sozialabgabe im Gegensatz zu den heutigen Lohnprozenten nicht tangieren.

Auch Füglistaler/Pedernana machen Lücken im sozialen Netz aus. Für die Existenzsicherung im Alter schlagen sie eine Einheitsrente auf der Basis der heutigen Maximalrente vor. Absichern wollen sie ausserdem die finanziellen Lasten der Kinderbetreuung, Mit dem Ausbau der Mutterschaftsversicherung, grösseren Steuervergünstigungen für Erziehende und gezielten Kinderbeihilfen für untere Einkommensgruppen könnten Eltern vor dem Verlust der finanziellen Autonomie geschützt werden.

Diese neuen Leistungen sollen jedoch „kostenneutral“ eingeführt werden. BezügerInnen anderer Transferzahlungen müssten deshalb Abstriche hinnehmen. Füglistaler/Pedernana schlagen die weitgehende Privatisierung der 2. Säule, die Abschaffung der teilweisen Anpassung der AHV-Renten an die Reallohnentwicklung (Mischindex) und eine Zusatzabgabe für gut abgesicherte und vermögende Alte vor. Ausserdem soll man künftig erst nach

42 effektiv gearbeiteten Jahren in Rente gehen dürfen. Sämtliche Studierende würden damit den Rentenanspruch frühestens mit 67 Jahren erreichen.

Kernstück des Reformmodells von Füglistaler/Pedernana sind allerdings nicht diese Umverteilungsvorschläge. Als “visionär” wird ihre Arbeit aufgrund der Vorschläge zu den sogenannten “neuen Formen der sozialen Sicherung” bezeichnet. Hier knüpfen sie gezielt an die Diskussionen über eine “ökosoziale Umgestaltung” an, wie sie etwa in den Ausführungen von Ueli Mäder über die “Sozialzeit” erörtert werden (Mäder 1994). Die um die Begriffe “Selbstverantwortung”, “Selbsthilfe”, “Freiwilligenarbeit” und “Umverteilung der Erwerbsarbeit” kreisenden Umgestaltungs-ideen verdichten Füglistaler/Pedernana allerdings nun zu einem Modell der Vergemeinschaftung des Sozialen. Diese wird wie folgt umrissen: “Jedes Mitglied der Gemeinschaft sowie jedes Unternehmen sorgt im Rahmen seiner Möglichkeiten für soziale Gerechtigkeit. (...) Die Erwachsenen werden als mündige Menschen betrachtet, denen klar ist, dass in einer sozialverantwortlichen Gemeinschaft möglichst viele für sich und ihre Angehörigen sorgen müssen, um nicht der Allgemeinheit zur Last zu fallen. (...) Zur Stärkung der Sozialverantwortung, soweit sie Angehörige betrifft, können Lasten aufgebürdet werden, indem Familien generationsübergreifend zu Risiko- und Solidargemeinschaften erklärt werden. Damit wird das sozialpolitische Ungleichgewicht ‘zu viele Rechte, zu wenig Pflichten’ in eine Balance gerückt” (S. 92).

Im Rahmen der “Bausteine” für eine neue Sozialpolitik schlagen Füglistaler/Pedernana folgende Schritte vor:

– Alle 15- bis 65-jährigen Männer und Frauen (auch AusländerInnen) sollen

zu 500 Tagen "Gemeinschaftsdienst" verpflichtet werden, der in jährlich zehn Tagen zu leisten wäre. Die Hälfte des Verdienstausfalls soll zu gleichen Teilen von den Dienstleistenden selbst und den Betrieben, in denen sie angestellt sind, übernommen werden. Die zweite Hälfte bezahlt die Allgemeinheit über die Erwerbsausfallsversicherung. Wehrdienst-Leistende und Personen mit Betreuungsaufgaben sind vom Gemeinschaftsdienst befreit.

- Rüstige RentnerInnen sollen zusätzliche Solidaritätsaufgaben übernehmen. Ihr Einsatzgebiet liegt schwerpunktmässig in der unbezahlten Betreuung ihrer pflegebedürftigen AltersgenossInnen.

- Arbeitslose, Ausgesteuerte und Fürsorgeabhängige sollen in einem integrierten Verfahren betreut und mittels "Leistungsverträgen" zu einer Abgeltung der bezogenen Sozialgelder verpflichtet werden. Wer Integrationschancen hat, wird zur Weiterbildung und Beschäftigungsprogrammen verpflichtet. Falls die Ämter keine kurzfristige Integrationschancen sehen, werden die Betroffenen "zu unbezahlten Arbeitsinsätzen aufgeboten". Diese sind Pflicht, falls die LeistungsbezügerInnen "arbeitsfähig" sind und keine Betreuungsaufgaben erfüllen.

Kennzeichnend für dieses "visionäre" Konzept sind meines Erachtens folgende Merkmale:

- Mit der Einführung des Prinzips der Gegenleistungen kehrt man dem Recht auf Existenzsicherung und der bisher von den Linken verteidigten sozialen Gerechtigkeit in der Sozialpolitik den Rücken.

- Existenzsicherung kann nur von einer Gegenleistung abhängig gemacht werden, wenn neue Formen der Pflichtarbeit eingeführt werden.

- Diese Pflichtarbeit fördert die Seg-

mentierung des Arbeitsmarktes. Das wird in der Aussage deutlich, dass die stark auszubauenden und zu einem zweiten Arbeitsmarkt zusammenzufassenden 75'000 Plätze in Beschäftigungsprogrammen in "eine(r) gewisse(n) Konkurrenz zum (ersten) Arbeitsmarkt" stehen müssten (S. 169).

- Pflichtarbeit setzt ein Kontroll- und Strafsystem voraus, das bei Füglistaler/Pedergrana in bezug auf die unterste Stufe der Gemeinschaftshierarchie auch klar benannt wird: Arbeitsfähige Fürsorgeabhängige müssen mit Kürzungen der Sozialhilfe rechnen, wenn sie die zugewiesenen Tätigkeiten verweigern.

- Ein Kontroll- und Strafsystem setzt einen aufgeblähten Sozialapparat voraus, in dem "Sozialtätige" offen repressive Funktionen auszuüben haben. Sie haben laut Füglistaler/Pedergrana zum Beispiel zu entscheiden, ob "eine grosszügige Hilfe zu einer Besserung der Situation" oder zum Verzicht "auf eigene Anstrengungen zur Überwindung der Situation" führt (S. 176).

- Konstitutives Element einer Vergemeinschaftung des Sozialen ist die von Füglistaler/Pedergrana geforderte "qualitative Bevölkerungspolitik". Eine "stabile Bevölkerungsentwicklung" soll unter anderem dadurch gesichert werden, dass die Kindererziehung als Gegenleistung für den Bezug sozialer Transfers anerkannt wird. Mütter, allenfalls auch Väter, werden deshalb von Gemeinschaftsdienst und Pflichtarbeit befreit.

Auch Rossi/Sartoris sprechen sich für eine über den monetären Aspekt hinausgehende Reform aus. Mit begleitenden Massnahmen müsse die Reintegration von Personen, die ihre finanzielle Autonomie verloren haben, angestrebt werden. Solche Angebote müssten jedoch im Sinne eines die finanzielle Existenzsicherung ergänzenden Rechts auf

Reintegration völlig freiwillig sein. Alles andere würde einer emanzipatorischen Sozialpolitik, deren Ziel die Stärkung der Autonomie der Betroffenen sein müsse, zuwiderlaufen.

Nach einer ersten vergleichenden Gegenüberstellung der beiden Modelle drängt sich folgendes Fazit auf:

Rossi/Sartoris entwerfen ein sozialpolitisches Konzept, das die Autonomie der auf soziale Transfers angewiesenen Menschen anerkennt und sie mittels bedürfnisgerechter Leistungen zu stärken versucht. Ihre Finanzierungsvorschläge zielen darauf ab, die *wachsenden Verteilungsungerechtigkeiten* durch die steuerliche Belastung der Kapitalgewinne zu mildern. Die Durchsetzung ihrer Forderungen kann nur das Ergebnis sozialer Kämpfe sein. In diesem Zusammenhang wäre die Frage zu stellen, ob die klare Hierarchisierung von Existenzsicherung, Bereitstellung eines Ersatzeinkommens und Sicherung des Lebensstandards den Bedingungen sozialer Kämpfe gerecht wird. Die These wäre zu prüfen, ob das progressivste Sozialwerk, die AHV, nicht gerade des-

halb durchgesetzt werden konnte, weil es sämtliche drei Hierarchiestufen integriert (vgl. dazu die Stellungnahme des GBI-Sekretärs *Andreas Rieger* zu den Thesen von Rossi/Sartoris, 1995).

Füglister/Pedergrana präsentieren ein Modell, das pragmatisch ist, weil ihre konkreten Vorschläge mit der sozialpolitischen Agenda der Neoliberalen weitgehend verträglich sind. Teile dieses Modells sind in einzelnen Bereichen bereits getestet worden, so z.B. bei der Reform der Arbeitslosenversicherung. In der sozialpolitischen Debatte spielen die Postulate, soziale Leistungen an Gegenleistungen zu binden bzw. am "Marktwert" zu messen, eine zunehmend wichtigere Rolle (vgl. dazu das *Vorwärts-Dossier* "Workfare statt Welfare" 1996). Es wäre deshalb nicht erstaunlich, wenn die bürgerliche Mehrheit auf der Suche nach einem breiteren Konsens das neoliberale Deregulierungsprogramm künftig noch vermehrt mit den Vergemeinschaftungsvisionen von Füglister/Pedergrana anzureichern versucht.

Walter Angst

Literatur

- Buomberger, Peter/Burgstaller, André, 1995: Wohlfahrtsstaat am Ende? In: Schweiz. Monatshefte, Heft 7, Zürich.
Enderle, Georges, 1992: Wer bestimmt, was Armut ist? In: Widerspruch Heft 23, Krise des Sozialen, Zürich.
Farago, Peter, 1992: Armut in der Schweiz. In: Widerspruch Heft 23, Zürich.
Mäder, Ueli, 1994: Mit Freiwilligenarbeit

- gegen Sozialabbau? In: Widerspruch Heft 27, Sicherheit contra Solidarität, Zürich.
Rieger, Andreas, 1995: Eine globale Reform des Sozialversicherungssystems. In: MoMa 11, Zürich.
Vorwärts, (Hg.), 1996: Workfare statt Welfare. Zum Umbau der Sozialpolitik. Postfordistische Sozialpolitik. Red. Vorwärts Zürich.

Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Edition ID-Archiv. Berlin-Amsterdam, 1995 (213 S., Fr. 29.-)

Wie der Titel schon klarmacht, ist das Programm ambitiös. Joachim Hirsch, Soziologieprofessor an der Universität Frankfurt/M., Mitherausgeber und regelmässiger Autor der Zeitschrift 'links', diskutiert den Zusammenhang von Kapitalismus, Nationalstaat, Demokratie, Nationalismus und Rassismus im Rahmen einer Analyse des aktuellen Globalisierungsschubs und der damit entstandenen Veränderungen des (Zentrums-)Staates. Sein Ansatz ist derjenige der materialistischen Staatstheorie in Verbindung mit den Kapitalismustheorien, die im Kontext der "Regulationsschule" vorgelegt wurden.¹ Es handelt sich bei dem vorliegenden Buch eher um ein umfassendes *Forschungsprogramm*, um ein Abstecken eines bedeutenden Ausschnittes des Forschungsfeldes kritischer Sozialwissenschaft. In diesem Sinn soll das vorliegende Buch nicht am umfassenden Anspruch gemessen werden, zumal sich der Gegenstand – die "postfordistische" Gesellschaft, der "Wettbewerbsstaat" – dadurch, dass er sich in der Heraus- oder Umbildung befindet, der Analyse immer wieder heimtückisch entzieht. Vielmehr soll das Hauptaugenmerk auf die wichtigsten von Hirsch vorgeschlagenen *Verknüpfungen* zentraler analytischer Elemente sowie auf sein damit verbundenes *politisches Projekt* gelegt werden.

Ausgangspunkt ist die Analyse des Fordismus, jener auf standardisierter Massenproduktion und auf Massenkonsum beruhenden keynesianisch-korporatistisch regulierten Gesellschaftsformation. In dieser "konnte es noch

den Anschein haben, als käme es zu einer Verwirklichung der ökonomischen und sozialen Voraussetzungen einer relativ egalitären Demokratie im nationalstaatlichen Rahmen" (S. 122). Der Niedergang des Fordismus wurde verursacht durch "eine ganze Reihe voneinander relativ unabhängiger Prozesse, die sich zu einer Krise der gesamten Formation verdichteten" (S. 83), auf ökonomischer, politischer, ideologischer Ebene. Im Zentrum der Erklärung stehen aber "postfordistische" Akkumulationsstrategien ("lean production", Toyotismus etc.), deren Kern Rationalisierung und Flexibilisierung bilden. *Globalisierung* ist *Mittel* – in Form von world wide sourcing (strategisches Ausschöpfen von Standortunterschieden wie Lohnhöhe, Infrastruktur, Qualifikationsniveaus etc.) – und *Ergebnis* dieser Strategien. Hirsch betont mehrfach, dass Globalisierung nicht einfach Ausdruck ökonomischer Zwangsgesetzlichkeit, sondern ein ökonomisch-politisches Projekt ist. Die Voraussetzungen für den Siegeszug dieser Akkumulationsstrategien waren auch politische: "die weitere Liberalisierung der Waren -, vor allem aber der Kapital- und Finanzmärkte" (S. 90). Globalisierung gilt nach Hirsch nicht für die Arbeitsmärkte, womit eine entscheidende Funktion der nationalstaatlichen Organisation, nämlich die "Aufrechterhaltung höchst unterschiedlicher Einkommens- und Lebensbedingungen auf dem Weltmarkt" (S. 104), erhalten bleibt.

Globalisierung führt zum Diktat der Standortpolitik und wird von interessierten Kreisen auch politisch-ideologisch verwendet. Wettbewerbsfähige Standorte müssen ein "höchst komplexes System von Rahmenbedingungen" anbieten (S. 104). Multinationale Konzerne gehen ein symbiotisches Ver-

hältnis mit (National-)Staaten ein, was nicht Abbau, sondern die "zunehmende Bedeutung administrativer Staatsintervention" bedingt (S. 106). Während sich der "fordistische Sicherheitsstaat" ökonomisch auf die Entwicklung des Binnenmarktes, Wachstum und Vollbeschäftigung konzentrierte, beruht die "Funktionslogik des nationalen Wettbewerbsstaates" auf der "alle sozialen Sphären umgreifenden Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit, deren Grundlage die Profitabilität von 'Standorten' für ein international immer flexibler werdendes Kapital ist" (S. 109). Statt der Züge einer "Neuen Weltordnung" trägt nach Hirsch "der heutige Zustand der Welt eher die Merkmale eines sich ausbreitenden Chaos" (S. 171). Die "neue Form des wettbewerbsstaatlichen Wirtschaftskriegs" produziert 'nationale' Gemeinschaften, die keine Klassengegensätze mehr kennen; die "vom Kapital geschaffene Weltgesellschaft" nimmt "tendenziell die Form eines globalen Apartheidregimes" an (S. 172). Die kapitalistische Marktökonomie zeigt sich weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene fähig, ein "tragfähiges soziales Regulationsmuster" hervorzubringen, das sie für ihre Funktionsfähigkeit braucht. Nur der (National-)Staat kann verhindern, dass ökonomische und soziale Reproduktion völlig auseinanderbrechen, weshalb dieser "ein entscheidendes Feld der sozialen Auseinandersetzungen" bleiben wird (S. 174). Dabei sieht Hirsch zwei nationale Modelle, einen "Hyper-Liberalismus" nach US-Vorbild und einen "Neo-Etatismus", gekennzeichnet durch "die Stabilisierung selektiv-korporatistischer Staat-Industrie-Verflechtungen unter Einbezug relevanter sozialer Gruppierungen", wobei er letzteren als länger-

fristig erfolgreicher einschätzt (S. 175). Diese Unterscheidung zweier Entwicklungswege erfolgt thesenartig im zweit-letzten Kapitel des Buches und wird, obwohl doch für die zukünftige Entwicklung des Nationalstaats von einiger Bedeutung, nicht mehr aufgenommen.

Die Herausbildung dieses "neuen Typs des kapitalistischen Staates" ist, das ist Hirschs zentrale These, verbunden mit zunehmenden Schwierigkeiten für eine sozialökonomisch ausgewogene und demokratische innergesellschaftliche Entwicklung". Gesellschaftliche Spaltungs- und Ausschlussprozesse zersplittern die soziale Struktur, so dass "ihr mit den herkömmlichen Klassen- und Schichtmodellen kaum noch beizukommen ist" (S. 126), womit Hirsch ein soziologisches *Mainstream*-Argument aufnimmt. Angesichts des "realen Auseinanderfallens der Gesellschaft" – "zweifelsohne ein herrschaftstechnisches Problem" (S. 158) – scheint die "äusserliche Stabilität des liberaldemokratischen Institutionensystems ... erstaunlich" (S. 153). Die wesentlichen Grundlagen des fordistischen Volksparteiensystems sind nämlich durch "die soziokulturelle Fragmentierung der Gesellschaft, die Verringerungen der staatlichen Handlungsspielräume und die wachsende Unmöglichkeit, soziale Konflikte und Ungleichheiten durch sozialstaatliche Verteilungsmassnahmen kompensatorisch aufzufangen und zu befrieden" (S. 140), zerstört worden.

Die Stabilität der politischen Institutionen verdankt sich nach Hirsch "einer Anpassungsflexibilität, die offenkundig einen sehr weitreichenden Funktionswandel des Parteiensystems und der politischen Öffentlichkeit innerhalb der bestehenden Strukturen

zulässt" (S. 153). Politik kann nur noch die Form mehr oder weniger formalisierter Verhandlungen zwischen verschiedenen staatlichen Organisationseinheiten, Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen annehmen. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen hängen von der Übereinstimmung aller Beteiligten ab (Politik als "Verhandlungssystem", F. Scharpf). Neu dabei ist deren Ausdehnung auf immer mehr Bereiche, die grössere Rolle der Multis und der staatlichen Bürokratien, das geringere Gewicht der Parlamente (S. 116ff.), des ganzen "immer leererlaufenden parlamentarisch-demokratischen Institutionensystems" (S. 120).

Spätestens seit seinem Artikel im 'Widerspruch' 24/1992 (Das Ende der „Zivilgesellschaft") kennen wir die treffende Kritik Hirschs am streng optimistischen 'Zivilgesellschafts'-Diskurs. Jetzt diagnostiziert er, mit Bezug auf Hannah Arendt und Herbert Marcuse, die "Entwicklung einer historisch *neuen Form von Totalitarismus*, die überhaupt nicht mehr entscheidend vom Staatsapparat ausgeht, sondern in den Strukturen der 'Zivilgesellschaft' wurzelt" (S. 161). Das Bewusstsein von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer praktischen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse wird durch politische und kommerzielle Inszenierungen verdrängt, Gesellschaft in ihrer vorfindlichen Gestalt zum nicht mehr hinterfragbaren Schicksal. Diese Diagnose ist aber offensichtlich nicht an die Herausbildung des "Postfordismus" gebunden. Des weiteren begründet Hirsch seine Begriffsbildung mit einer "gewissen Gemeinsamkeit" zwischen totalitären Systemen und dem Wettbewerbsstaat in der Mobilisierung ganzer Bevölkerungen "im Sinne eines umfassenden Wirtschaftsprozesses für den internationalen Konkurrenzkampf" (S.

167). In der Abgrenzung des "zivilgesellschaftlichen' Totalitarismus" von Nationalsozialismus und Stalinismus wird allerdings überdeutlich, dass es sich um eine riskante Begriffsbildung handelt.

Eine "Wende ins Positive" kündigt Hirsch für den letzten Teil an: Es geht um die "Schaffung ökonomisch-sozialer sowie politisch-institutioneller Bedingungen", die "eine materielle Ausweitung und Weiterentwicklung von Demokratie ermöglichen" (S. 184). Gerade beliebte Hoffnungsträger wie die neuen sozialen Bewegungen ("manifeste Tendenzen zu einer liberal-konservativen Wende in der neuesten Frauen- und Ökologiebewegung"), und die Grünen ("spezifische Ausdrucksform eines neuen Liberalkonservatismus"), kommen dabei schlecht weg. Das gleiche widerfährt ebenso beliebten Projektionsebenen wie der UNO, der demokratische Legitimation gänzlich abgeht, oder der EU, deren demokratische Legitimation "bis zur Unkenntlichkeit beschnitten" ist (S. 189). Die notwendige "Kulturrevolution" (von Hirsch selber in Führungszeichen gesetzt) muss auf "gesellschaftlicher Selbstorganisation" mittels eines "Netzwerks von praktischen Initiativen und Projekten" und einer autonomen politischen Öffentlichkeit beruhen (S. 189). Der Kampf "innerhalb und gegen den Staat" schliesst für Hirsch aber offenbar verfassungsrechtliche Reformen und plebiszitäre Erweiterungen der institutionalisierten Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse (wichtige Anliegen der "Liberalkonservativen") mit ein, denn "nationalstaatliche und internationale politische Institutionen sind nicht ... überflüssig, sondern müssten mit veränderter Funktionszuweisung sowohl demo-

kratisiert als auch gestärkt werden, etwa durch erweiterte Kompetenzen zur Festlegung rechtlicher, sozialer und ökologischer Mindeststandards und zur verbindlichen Kodifizierung übergreifender Übereinkommen und sozialer Kompromisse" (S. 202).

Zuerst muss als Fazit festgehalten werden, dass kaum ein anderes Forschungsprogramm ein vergleichbares zeitdiagnostisches "Erklärungsversprechen" glaubwürdig anbieten kann. Das theoretische Projekt Hirschs zeigt aber Symptome einer Überdehnung dort, wo theoretische Verbindungsprobleme mit der terminologischen Verlegenheitsformel der "komplexen und widersprüchlichen Einheit" übertüncht werden.

Ich greife nur einige allgemeine Punkte der Kritik² heraus. Das neue hegemoniale Modell des "Postfordismus" bleibt meiner Ansicht nach unscharf. Das ist nicht nur ein begriffliches Problem ("eine Art marktliberaler Etatismus", "das neokonservative Projekt eines neu formierten autoritären Etatismus"); es hängt wohl auch damit zusammen, dass eben vieles davon (noch) nicht theoretisch "verschmolzen" (S. 163), so reibungslos durchgesetzt und total(itär) ist, wie das Hirsch immer wieder unterstellt. Oder sollte man in diesem Zusammenhang von einem "strategisch antizipierenden Pesimismus" Hirschs sprechen?

Ein Modell des „Postfordismus“ müsste legitime historische "Bewegungsformen" der zentralen gesellschaftlichen Widersprüche rekonstruieren können. Das von Hirsch analysierte "neue hegemoniale Projekt" (S. 154) scheint eher eine neue Phase in der weiteren Zersetzung des fordistischen Modells zu sein.

Angesichts des facettenreich be-

schriebenen "realen Auseinanderfallens der Gesellschaft" stellt sich bei der Lektüre immer dringender die Frage, was diese Gesellschaften eigentlich überhaupt noch zusammenhält: "nur" die nach wie vor vorhandenen, wenn auch zunehmend unter Druck kommenden politischen und (sozial-)staatlichen Institutionen der fordistischen Phase oder auch ein "postfordistisches" Integrationssystem mit einem spezifischen Legitimitätsschaffenden Anreiz- und Belohnungssystem für flexible Individuen? Genausowenig wie der Antikommunismus der Nachkriegszeit die entscheidende Bindekraft gewesen ist, dürfte der "universell gewordene" (S. 158) Gewalt-, Kriminalitäts- und Sicherheitsdiskurs diese Funktion in umfassendem Sinn erfüllen. In diesem Zusammenhang ist das Problem der Bestimmung von Politik und Staat unter postfordistischen Bedingungen zu nennen. Wie ist die "Durchstaatlichung" genau zu fassen? Die Grenze zwischen "Staat" und "Gesellschaft" scheint nach Hirsch immer mehr zu verschwimmen, ebenso die Politik als immer umfassenderes "Verhandlungssystem" mit Einbezug vieler Akteure (z.B. der zunehmende Einbezug von Bürgerinitiativen, um die Implementierung abzusichern); gleichzeitig ist eine grössere Rolle der staatlichen Bürokratien und eine wachsende Abgehobenheit der politisch-administrativen Maschinerie zu konstatieren. Theoretisch stellen sich hier viele Probleme der *relativen Gewichtung* dieser Elemente.

Hirschs politisches Projekt – der Kampf "innerhalb und gegen den Kapitalismus, innerhalb und gegen den Staat" (S. 182) – vermag nicht ganz zu überzeugen. Die Differenzierungen, die Hirsch beispielsweise bei der Beurtei-

lung der NGO's vornimmt (S. 190ff.), werden nicht angewandt bei der grossen Gruppe "liberalkonservativer" Akteure (neue soziale Bewegungen, SozialdemokratInnen, Grüne, Gewerkschaften, fortschrittliche Teile der Staatsapparate und nicht-neoliberale Kräfte in bürgerlichen Parteien. Bündnispolitische Perspektiven im Sinne eines sozialen und ökologischen *New deal* entfallen dadurch in fataler Weise. Das Projekt des neoliberalen Staats-

umbaus dürfte dynamische, nichtintendierte Folgen auch für die Struktur der politischen Landschaft(en) und Öffentlichkeit(en) haben. Ohne den Einbezug solcher Prozesse und der genannten Akteure hat das Projekt eines fortschrittlichen hegemonialen Blocks (im Sinne Gramscis) weder theoretisch noch praktisch-politisch eine Chance.

Patrick Ziltener

Anmerkungen

- 1 Vgl. J. Esser/Ch. Görg/J. Hirsch (Hg.), 1995: Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. VSA Hamburg.
- 2 Es handelt sich dabei um Diskussionsergebnisse der (interdisziplinären) Arbeitsgruppe zur Regulationstheorie an

der Universität Zürich. Kontakt via Andreas Missbach oder Patrick Ziltener, Soziologisches Institut der Universität Zürich, Rämistr. 69, 8001 Zürich, Tel. 01/257 21 61, E-mail: zaibat@soziologie.unizh.ch

Hansruedi Hitz / Roger Keil et al. (Hg.): Capitaless Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich. Rotpunktverlag, Zürich, 1995 (400 S., Fr. 45.-)

Saskia Sassen: Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der Global Cities. Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1996 (188 S., DM 39.80)

Globalisierung wird allzuoft als einseitiger, von oben nach unten gerichteter ökonomischer Prozess beschrieben, der sich scheinbar ausserhalb nationalstaatlicher, regionaler und städtischer Ebenen durchsetze. Dabei wird allerdings unterschlagen, dass sich die Globalisierung nicht im luftleeren Raum abspielt, sondern sich in einer "neuen räumlichen Arbeitsteilung" auf eine spezifische Materialität abstützt. Vorstellungen von der totalen Übermacht transna-

tionaler Konzerne und internationaler Organisationen folgen nicht nur einer analytisch wie politisch fragwürdigen und resignativen "Ohnmachtsthese", sondern blenden auch die Tatsache aus, dass Globalisierungsprozesse in spezifischen sozialen Konflikten und Auseinandersetzungen gründen und auf konkreten, stofflichen Produktions- und Reproduktionsprozessen basieren. Und diese wiederum stehen in konkreten lokalen Kontexten: Die globale Perspektive muss sich letztlich immer als eine mit lokalen Verhältnissen vereinbare erweisen. Dies wird gerade an denjenigen Orten deutlich, die als Schaltstellen und Steuerungszentralen der globalisierten Ökonomie fungieren - den "Global Cities" oder "Capitaless Fatales".

Zwei Neuerscheinungen ermöglichen jetzt einen Einstieg in die aktuelle Debatte um die Global Cities. In ihrem neuesten und bislang einzigen ins Deut-

sche übersetzten Buch "Metropolen des Weltmarktes" vermittelt die New Yorker Urbanistin *Saskia Sassen*, eine der Leitfiguren der Global City-Debatte, einen leicht fasslichen Überblick über ihre Thesen. Das zweite Buch von Hansruedi Hitz et al., "Capitales Fatales - Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich", entstanden im Rahmen des "International Network for Urban Research and Action" (INURA), enthält neben theoretischen Beiträgen auch konkrete Analysen zu den beiden europäischen Metropolen an der Limmat und am Main.

Gemäss dem Global City-Theorem haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten in einigen Weltmetropolen eigentliche "Headquarter Economies" installiert, die eine Art globaler "Kontroll-Kapazität" produzieren. Darunter wird der gesamte Bereich von Aktivitäten und organisatorischen Arrangements gefasst, die für die Implementierung und Aufrechterhaltung des globalen Produktionsprozesses notwendig sind. Entgegen der verbreiteten Annahme einer dezentralisierenden Wirkung neuer Telekommunikationstechnologien konzentrieren sich diese Funktionen heute in hohem Masse in einigen wenigen Zentren.

Die Kontrolle der globalen Ökonomie erfordert vielfältige und teilweise komplexe Inputs, die von der Vermögensverwaltung über die Buchhaltung und die Werbung bis zur Entscheidungsfindung reichen. Dabei entstehen hochspezialisierte und eng verflochtene ökonomische Komplexe, die sich aus einem ganzen Ensemble von spezialisierten Unternehmen zusammensetzen, für deren Kooperation räumliche Nähe weiterhin unabdingbar ist. Eine Headquarter Economy erfordert jedoch nicht nur eine grosse Zahl von Spezialisten und Kadern, sondern sie beruht auch auf

unterschiedlichsten Tätigkeiten, die nicht als Teil der Globalökonomie gesehen werden wie Sekretariats-, Wartungs- und Reinigungsarbeiten - die oft von Frauen und ImmigrantInnen geleistet werden.

Global Cities sind zudem auf eine differenzierte urbane Infrastruktur angewiesen, wozu nicht nur ein breites Angebot an spezialisierten Einrichtungen (insbesondere der Telekommunikation) zählen, sondern auch eine erstklassige Transportinfrastruktur. Vor diesem Hintergrund ist übrigens auch der Entscheid der Swissair zu sehen, den überwiegenden Teil ihrer Interkontinentalflüge nach Genf-Cointrin aus Rentabilitätsüberlegungen zu streichen. Er bedeutet nichts weniger als den Abstieg Genfs aus der Liga der Weltzentren: Ab jetzt gibt es in der Schweiz nur noch eine Metropole von globalem Format.

Die Analyse der Globalisierung als konkretem Produktionsprozess lenkt den Blick auch auf die soziale Seite der Formation von Global Cities: Sie sind, stärker noch als andere "globale" Orte, durch eine Polarisierung im Sozialen und Aufspaltung der Arbeitsmärkte gekennzeichnet: einem hochqualifizierten Sektor, der mit den Kontroll- und Leitungsfunktionen verbunden ist, steht ein entgarantierter Niedriglohnbereich gegenüber, der auch Formen einer informellen Ökonomie annehmen kann. Damit verbunden ist eine verstärkte Segmentierung und Heterogenisierung der urbanen Gesellschaft. Die Grenze zwischen prosperierenden Zonen und Armutsgebieten verläuft nun nicht mehr nur zwischen Zentrum und Peripherie, sondern auch innerhalb der Zentren der Weltökonomie.

Dieses Wechselverhältnis von ökonomischer Restrukturierung und sozialer Polarisierung wird in der Debatte zu den Global Cities mit dem Begriff der

“Peripherisierung des metropolitanen Kerns” oder auch mit der Metapher von “Zitadelle und Ghetto” gefasst: Während eine “neue Klasse des gehobenen Lebensstils” (F.A.Z.) Teile der Innenstädte zu privilegierten Räumen des Luxuskonsums umfunktioniert, versinken andere Quartiere, oft in unmittelbarer Nachbarschaft dazu, in Armut und Elend. Obwohl sich die Verhältnisse in Deutschland oder der Schweiz nicht mit denjenigen in nordamerikanischen und anderen Metropolen vergleichen lassen, bilden sich auch hier zunehmend und oft unbemerkt polarisierte urbane Strukturen heraus: Neben den Archipelen der Headquarter Economy mit ihren luxussanierten Innenstädten, ihren abgezielten Vergnügungszonen und abgeschotteten Villenvierteln entstehen neue Armutsräume: Wohnblocksiedlungen in der urbanen Peripherie werden zu Abschiebecontainern für das neue Subproletariat der Global Cities, zentrums-

nahe Altbauquartiere fungieren als transitorische Aufnahmeräume für MigrantenInnen und Flüchtlinge, die immisionsreichen Gebiete entlang den innerstädtischen Autobahnen entwickeln sich zu Zonen der Marginalität.

Diese gleichzeitige Präsenz von Zentrum und Peripherie macht die Global Cities auch zu umkämpften Terrains, in denen die Widersprüche der neuen globalen Ordnung in konzentrierter Form aufeinanderprallen und sich zu unberechenbaren Konfliktfeldern verdichten. Der “Kampf um die Stadt”, der in den siebziger und achtziger Jahren gerade in Orten wie Zürich oder Frankfurt für Aufruhr sorgte und ihre Entwicklung zu Global Cities begleitete, wird am Ende der neunziger Jahre von der kapitalistischen “Produktion des Raumes” und ihrer Gewaltförmigkeit bestimmt werden.

Christian Schmid

Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses. agenda Verlag Münster, 1996, 3. Aufl. (360 S., DM 28.-)

“Wir sind das Volk!”: das war 1789 und revolutionär. “Wir sind *ein* Volk!”: das war 1871 und völkisch. Was man dann nach dem Einsturz der Berliner Mauer von 1989 erlebte, war der historisch einmalige Vorgang, dass der eine Teil eines zweigeteilten Volkes im Namen des von beiden Teilen beschworenen völkischen Prinzips den anderen Teil kolonialisierte und die Betroffenen dazu anfänglich Beifall klatschten. *Wolfgang Dümcke* und *Fritz Vilmar* haben in dem von ihnen herausgegebenen Sammel-

band “Kolonialisierung der DDR”, der zwar wenig besprochen wird, jedoch bereits die dritte Auflage erreicht hat, diesen Tatbestand wissenschaftlich analysiert und gewissenhaft protokolliert.

Fritz Vilmar, kürzlich emeritierter Politologie-Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, hatte sich in den 70er Jahren einen Namen gemacht als Theoretiker einer sozialistischen Basis-Demokratie. Sein 1973 erschienenes 1000-seitiges Buch “Strategien der Demokratisierung” ist ein Standardwerk geblieben. Wolfgang Dümcke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin. Die beiden haben mit zwanzig jungen Wissenschaftlern drei Jahre lang in ihren Seminaren diesen Kolonialisie-

rungsvorgang untersucht und legen hier auf 360 Seiten die Ergebnisse ihrer Arbeit vor.

Ein erster Teil befasst sich unter dem Titel *“Konservative Vereinnahmung – vertane Chancen”* mit den Ursachen des Zusammenbruchs der DDR, dem Gang des Vereinnahmungsprozesses, dem Trauerspiel der Parteien, der Ohnmacht der Bürgerbewegung und einer alternativen Deutschlandpolitik. Der zweite Teil untersucht die *“Kolonialisierung der Wirtschaft”*, der dritte die *“Kolonialisierung der Menschen – Inbesitznahme der öffentlichen Meinung”*.

Hervorgehoben sei hier die Analyse des alles dominierenden Prozesses der Kolonialisierung der Wirtschaft. Herausgeber und Autoren betonen ausdrücklich, dass sie sich nicht von einer DDR-Nostalgie leiten liessen und zu den Grundwerten der westlichen Demokratien keine Alternative sähen. Man kann sich natürlich darüber streiten, ob der historisch geprägte Begriff *“Kolonialisierung”* hier angebracht ist, aber wenn man ihn mit Vilmar versteht als politische, ökonomische und kulturelle Überwältigung und Destruktion eines gesellschaftlichen Systems durch ein anderes, dann gibt dieser Begriff den Tatbestand des *“Einigungsprozesses”* durchaus adäquat wider.

Der Vereinigungsprozess war ein Vereinnahmungsprozess. Die übereilte Einführung der DM verteuerte die ostdeutschen Produkte um 300 Prozent, zerstörte damit ihre Wettbewerbsfähigkeit und die ostdeutsche Konsumgüterindustrie, da die Menschen nur noch Westwaren kauften, und führte zu einem Crash des Osteuropa-Marktes und zur Entstehung von Massenarbeitslosigkeit.

Entscheidend für den Ausverkauf der ostdeutschen Wirtschaft war die Politik der Treuhandanstalt als Instrument des

Übergangs von der *“Kommandowirtschaft”* zur Marktwirtschaft. Die Treuhand war eine dem Bonner Finanzministerium unterstellte Mammutorganisation, von der 60 Prozent aller Arbeitsplätze abhängig waren. Sie sollte das Volksvermögen privatisieren, sanierungsfähige Betriebe sanieren, andere stilllegen. Ihr Vermögen betrug nach der Währungsumstellung ca. 600 Mrd. DM. Die DDR-Bürger waren Eigentümer dieser Werte. Aber die Treuhand konstruierte eine *“Altschuldenbelastung”*, die die meisten ostdeutschen Unternehmen praktisch wertlos machte: *“Die Treuhandanstalt hat in ihrer Eröffnungsbilanz statt einen Gewinn einen durch nichts zu begründenden Verlust von ca. 250 Mrd. DM plus Kreditschulden von 150 Mrd. DM ausgewiesen. Das ist eine in der Welt einmalige Verfahrensweise der Enteignung eines Volkes.”*

Erinnert werden muss hier auch daran, dass die DDR die zehntstärkste Industrienation der Welt war und keine Arbeitslosigkeit kannte. Durch die Politik der Treuhand wurden 3,7 Millionen Dauerarbeitsplätze vernichtet. Ostdeutschland wurde weitgehend zu einem Absatzgebiet für westdeutsche Produkte. Wolfgang Thierse, heute in der SPD-Spitze, diagnostizierte 1995 eine strukturelle Desindustrialisierung Ostdeutschlands. U.a. wurde das Automobilwerk Eisenach mit 20 000 Arbeitsplätzen liquidiert, und die Lufthansa sabotierte alle Versuche zur Rettung der ostdeutschen Konkurrenz *“Interflug”*. Bis 1992 wurden 90 Prozent der von der Treuhand verkauften Unternehmen Tochtergesellschaften westdeutscher Unternehmen. Die Treuhand besetzte die Aufsichtsgremien mit Managern westdeutscher Unternehmen. Sie begünstigte bei der Privatisierung westdeutsche Grossunternehmen.

Deutsche Bank und Dresdner Bank

teilten das Kreditwesen unter sich auf, die Klingbeil-Gruppe übernahm die Interhotels usw. Zwei Drittel des ostdeutschen Industrieforschungspersonals wurden "abgebaut". "Mitunter vernichtend für die ostdeutschen Betriebe war die Praxis der Treuhandanstalt, potentiellen Käufern Einblick in die Firmenunterlagen sowie Firmengeheimnisse zu gewähren." So habe Gothaplast durch die Beiersdorf AG als unliebsamer Konkurrent vom Markt gedrängt werden können. Dass sich in diesem Umfeld auch die Wirtschaftskriminalität ausbreitete, verwundert nicht: schon 1993 ermittelte die Staatsanwaltschaft in 450 Fällen.

Bilanz: "Viele Betriebe wurden zu

verlängerten Werkbänken westdeutscher Unternehmen." Die hohe Arbeitslosigkeit und die desolote soziale Situation zwangen Bonn dann zu einem Milliardentransfer von West nach Ost. Das Ganze ein Kabinettsstück einer demokratisch abgesegneten kapitalistischen Machtarroganz, deren soziale Kosten dem westdeutschen Steuerzahler aufgebürdet werden. Jede Möglichkeit einer sozialen und demokratischen Alternative, wie sie etwa der "*Runde Tisch der DDR*" vorgeschlagen hatte, wurde erfolgreich abgeblockt. Kommentar eines Historikers: "Die Einheit hatte die richtigen Verlierer, aber die falschen Gewinner."

Arnold Künzli

WIF, WOF, PUFF ?

Good old public Management
- darauf versteht sich der VPOD
seit bald 100 Jahren.

Kein Wunder, haben wir auch zum NPM viel zu sagen.

Wer es schwarz auf weiss haben will, bestellt die
neueste Broschüre. Frisch ab Presse.

Gewerkschaft VPOD
Postfach, 8030 Zürich
Telefon 0/266 52 52
FAX 01/266 52 53



Weitere Literaturhinweise

- Afheldt, Horst, 1996: Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entlässt ihre Kinder. 2. Aufl., Kunstmann München.
- Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit, 1996: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Westf. Dampfboot Münster.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik / Memorandum '96, 1996: Standortdebatte und Europäische Währungsunion. PapyRossa Köln.
- Bieling, Hans-J. / Deppe, Frank (Hg.), 1996: Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Leske + Budrich Leverkusen.
- Binswanger, Hans Ch. et al., 1995: Zukunftsfähige Wirtschaft. Tagungsbeiträge. INWO / Schweiz, Aarau.
- Binus, Gretchen / Bischoff, Joachim / Hinkel, Rudolf et al., 1996: Internationalisierung, Finanzkapital, Maastricht II. IMSF Frankfurt/M.
- Butterweck, Hellmut, 1995: Arbeit ohne Wachstumszwang. Ressourcen, Umwelt, Arbeit, Kapital. Campus Frankfurt/M., New York.
- Caritas 1995: Soziale Sicherheit in Gefahr. Reform der Sozialpolitik. Verfasst von Marcela Hohl und Carlo Knöpfel. Luzern.
- Caspar, Alexander, 1996: Wirtschaften in der Zukunft. Der Weg aus der Sackgasse. Klett/Balmer Zug.
- Gasche, Urs / Guggenbühl, Hanspeter / Vontobel, Werner, 1996: Das Geschwätz von der freien Marktwirtschaft. Rio Verlag Zürich.
- Haug, Frigga / Wollmann, Eva (Hg.), 1993: Hat die Leistung ein Geschlecht? Erfahrungen von Frauen. Argument Hamburg.
- Head, Simon, 1996: Das Ende der Mittelklasse. Die Ökonomie der Vereinigten Staaten als Modell der Ungleichheit. DIE ZEIT v. 26. April, Hamburg.
- Heise, Arne, 1996: Arbeit für Alle - Vision oder Illusion? Metropolis Marburg.
- Hengsbach, Friedhelm / Möhring-Hesse, Matthias, 1996: Eure Armut kotzt mich an! Solidarität in der Krise. Fischer Frankfurt/M.
- Hoffmann, Reiner / Wannöffel, Manfred (Hg.), 1995: Soziale und ökologische Sackgassen ökonomischer Globalisierung. Das Beispiel NAFTA. Westf. Dampfboot Münster.
- Hoffmann, Reiner / Lapeyre, Jean (Hg.), 1995: Arbeitszeit - Lebenszeit. Perspektiven einer europäischen Arbeitszeitpolitik. Westf. Dampfboot Münster.
- Huber, Joseph, 1995: Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Edit. Sigma Berlin.
- Huster, Ernst-Ulrich, 1996: Armut in Europa. Leske + Budrich. Leverkusen.
- Koch, Claus, 1995: Die Gier des Marktes. Carl Hanser München.
- Kommunikation & Medien/Zoom, Nr. 7 / 1996: Deregulierung des Gemeinwohls. Telekommunikation als Markt der Märkte. M. Loretan, U. Meier et al. Zürich.
- Müller, Florian / Müller, Michael (Hg.), 1996: Markt und Sinn. Dominiert der Markt unsere Werte? Campus Frankfurt/M., New York.
- Narr, Wolf-Dieter / Schubert, Alexander, 1994: Weltökonomie. Die Misere der Politik. Suhrkamp Frankfurt/M.
- Peripherie / Zeitschrift, Nr. 59/60, 1995: Globalisierung. U. Menzel, R. Kappel et al., Soest / Berlin.
- Rifkin, Jeremy, 1995: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Campus Frankfurt/M., New York.
- Röttger, Bernd, 1996: Hegemonie und Weltmarktmacht. Kritische Theorie global-kapitalistischer Regulation. In: Arbeitspapier Nr. 15 / FEG, Marburg.
- Schmitthenner, Horst (Hg.), 1995: Der 'schlanke' Staat. Zukunft des Sozialstaates. VSA Hamburg.
- Schulte, Dieter (Hg.), 1996: Arbeit der Zukunft. Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften. Bund-Verlag Köln.
- Senf, Bernd, 1996: Der Nebel um das Geld. Gauke Verlag Lütjenburg.
- Spehr, Christpoh, 1996: Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise. Promedia Wien.
- Udry, Charles-André / Marquis, Jean-François, 1996: Le Renouveau de tous les dangers. Le livre blanc de D. de Pury et Co. In: Le livre noir du Libéralisme. Edit. Michel Morel, Editions de L'Aire Vevey.
- Ziebura, Gilbert, 1996: Globalisierter Kapitalismus - chancenlose Linke? In: Prokla 102, Westf. Dampfboot Münster.